

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

**zu der Mitteilung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit
und Tourismus vom 23. Februar 2023
– Drucksache 17/4256**

**Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Ein Industrieplan zum Grünen Deal für das klimaneu-
trale Zeitalter
COM(2023) 62 final (BR 54/23)**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus vom 23. Februar 2023 – Drucksache 17/4256 – Kenntnis zu nehmen.

1.3.2023

Die Berichterstatterin:

Alena Trauschel

Die stellvertretende Vorsitzende:

Andrea Bogner-Unden

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet öffentlich die Mitteilung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, Drucksache 17/4256, in seiner 19. Sitzung, die als gemischte Sitzung mit Videokonferenz stattfand, am 1. März 2023.

Abg. Felix Herkens GRÜNE brachte vor, der Industrieplan zum Grünen Deal für das klimaneutrale Zeitalter sei sehr wichtig. Im Kern gehe es hier um die Reaktion der EU auf den US-amerikanischen Inflation Reduction Act. Dabei dürfe es nicht zu einer Subventionsspirale zwischen den USA und der EU oder zu einer Abschottung in den Wirtschaftsbereichen kommen.

In dem Papier, das die Europäische Kommission am 1. Februar 2023 vorgelegt habe, werde seines Erachtens sehr angemessen auf den Inflation Reduction Act reagiert. Der Industrieplan umfasse die vier Säulen: ein vereinfachter Rechtsrahmen, schnellerer Zugang zu Finanzierung, Bildungsoffensive zur Stärkung der grünen und digitalen Kompetenzen sowie ehrgeizige Handelsagenda. Jetzt komme es auf die genaue Ausgestaltung an. Da werde in Zukunft einiges auf das Land zukommen.

Ausgegeben: 24.4.2023

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

*Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeich-
net mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.*

Eine reine Umschichtung bei den bestehenden Programmen könne dabei nicht der richtige Weg sein. Seines Erachtens brauche es über den Souveränitätsfonds, der schneller eingerichtet werden sollte, als von der Kommission geplant, zusätzliche Mittel.

Insgesamt halte er den Industriepan für sehr gut. Doch sei die Umsetzung ganz entscheidend. Da müsse genau hingeschaut werden. Ganz wichtig sei, dass Europa mit den Amerikanern im Austausch bleibe, dass keine Subventionsspirale aufgebaut werde und es nicht zu einem gegenseitigen Überbieten komme. Der Schwerpunkt sollte auf die Partnerschaft gelegt werden, damit die derzeitigen Probleme gemeinsam gelöst werden könnten.

Abg. Tobias Vogt CDU trug vor, der Inflation Reduction Act sei die Fortsetzung der „America first“-Politik, nur nicht mehr mit Donald Trump, sondern mit Joe Biden. Das sei im Prinzip eine Form des Protektionismus. Es zeigten sich erhebliche Wettbewerbsnachteile bei den Energiepreisen sowie in der Steuerpolitik in Deutschland und auch in anderen europäischen Ländern. Diese schlugen jetzt umso stärker durch.

Die Ampelregierung in Berlin habe sich hier bedauerlicherweise wenig eingebracht. Bei der Dimension, die der Inflation Reduction Act speziell für Deutschland annehme, hätte er eigentlich erwartet, dass der Kanzler das zur Chefsache erkläre. Deutschland sei im gesamteuropäischen Bild am stärksten vom Inflation Reduction Act betroffen. Dieser wirke sich insbesondere auf die deutschen Schlüsselindustrien wie die Automobilindustrie und den Maschinenbau sowie die Zukunftstechnologien aus.

Mittlerweile habe der lettische EU-Handelskommissar Verhandlungserfolge erzielen können. Im Rohstoff- und Batteriebereich gebe es jetzt wichtige Kompromisse. Auf Genehmigungsverfahren für Solaranlagen, Windparks und andere Zukunftstechnologien habe die EU relativ wenig Einfluss. Das betreffe eher die rechtlichen Regelungen der einzelnen EU-Staaten. Mit dem Rechtsakt zu kritischen Rohstoffen solle der Abbau und das Recyceln von Seltenen Erden vereinfacht und priorisiert werden. Zudem werde die Kommission eine Reform der Gestaltung des Strommarkts vorschlagen, bei der ein Augenmerk auf die Energiekosten gelegt werde. Schließlich solle es Erleichterungen und eine Lockerung bei den Subventionsmöglichkeiten in Net-Zero-Technologien geben. Es sei erfreulich, dass die EU hier schnell reagiert und agiert habe.

Momentan liefen noch die Verhandlungen, doch interessiere ihn, ob schon bekannt sei, welche Branchen zum Bereich der Net-Zero-Technologie gehörten. Baden-Württemberg sollte ein Auge darauf haben, dass die Branchen im Süden – Maschinenbau, Automobilbau – nicht benachteiligt würden.

Die Gefahr sei noch nicht ganz gebannt. Es gebe noch große Differenzen im Bereich der erneuerbaren Energien und des Wasserstoffs. Daran werde auf EU-Ebene noch gearbeitet. Er sei gespannt, was da komme. Doch begrüße er die Anstrengungen der Europäischen Kommission außerordentlich.

Abg. Alena Trauschel FDP/DVP bemerkte, das Statement von Abg. Herkens GRÜNE habe sie für überzeugend gehalten bis zu der Stelle, an der er eine frühere Einrichtung des Souveränitätsfonds gefordert habe. Es habe noch nie etwas gebracht, eine Schuldenunion aufzumachen. Das sorge nur für eine massive Benachteiligung von Deutschland und insbesondere von Baden-Württemberg.

Sie fuhr fort, sie sei auch keine Anhängerin einer Subventionsspirale. Die EU fahre hier ein riesiges Programm. Der Inflation Reduction Act der US Administration unter Biden sei dagegen viel kleiner dimensioniert. Die Biden Administration habe den Inflation Reduction Act nicht nur aufgelegt, um eine „America first“-Politik weiter zu betreiben, sondern vor allem, um Chinas Einfluss zu beschränken. Deswegen gebe es auch den European Chips Act und viele weitere Programme. Der Inflation Reduction Act sei ein Teil von vielen Maßnahmen, die in den USA wirtschaftspolitisch und finanzpolitisch ergriffen worden seien, um die Wirtschaft nach der Pandemie wieder anzukurbeln.

Dass jetzt aber in dieser Stärke auf europäischer Ebene geantwortet werde, halte sie persönlich für falsch. Es sollte vielmehr Anstrengungen geben, mit den amerikanischen Partnern wieder enger zusammenzuarbeiten. Es müsse klargemacht werden, wer für Deutschland tatsächliche Systemwettbewerber seien. Das seien nun mal China und Russland. Dagegen müsse sich Deutschland wehren und nicht gegenüber den USA einen Handelskrieg aufziehen. Das sei das vollkommen falsche Signal.

Abg. Emil Sänze AfD wies darauf hin, Geld gehe dorthin, wo es auch Zinsen abwerfe. Die globalisiert aufgestellte Wirtschaft – gerade in Baden-Württemberg – sei gezwungen, in die USA zu gehen, wenn sie überhaupt noch Gewinne darstellen wolle.

Darüber hinaus hätten die Nachhaltigkeitskriterien in der Finanzindustrie eine sehr große Bedeutung bekommen. Auch das werde flüchten, weil in den USA die ersten Staaten – Texas und Florida – die Nachhaltigkeitskriterien per Gesetz mehr oder weniger untersagt hätten. Das weiche sich auf.

Da stelle sich schon die Frage, ob es Sinn mache, Ideale aufzustellen, die inhaltlich sicherlich richtig seien, die aber technologisch gar nicht so schnell umzusetzen seien, weil Investitionen und Innovationen nun mal Zeit brauchten. Wenn solche Daten gesetzt würden, dann werde die eigene Wirtschaft gefährdet. Aber anscheinend müssten das manche erst am eigenen Leib erfahren.

Abg. Sebastian Cuny SPD brachte vor, in den aktuellen Zeiten sei politisches Handeln gefordert. Seines Erachtens habe die Ampelregierung nachdrücklich bewiesen, dass sie sich dieser Verantwortung stelle. Jetzt zu sagen, der Kanzler solle den Inflation Reduction Act zur Chefsache erklären, halte er für unangebracht. Seines Erachtens sei die europäische Ebene genau die richtige, um darauf zu reagieren. Das Handeln der Kommission sei auch zu Recht gelobt worden. Die Bundesregierung habe daher richtig reagiert, indem sie auf europäischer Ebene diesen Weg gemeinsam gegangen sei. Bei der Frage, ob auf europäischer Ebene jetzt investiert werden müsse, zeige sich, dass in der Ampel Gelb und Rot bisweilen durchaus unterschiedliche Schattierungen haben könnten.

Das eine sei, dass die EU jetzt eigene Mittel in die Hand nehme, um auf den Inflation Reduction Act zu reagieren, das andere, was seines Erachtens viel bedeutender sei, sei, dass es den Mitgliedstaaten ermöglicht werde, die Industrie in der Transformation zu unterstützen. Die USA mobilisierten mehr als 330 Milliarden €, Japan 140 Milliarden € und China 280 Milliarden €. Angesichts dieser Summen sei es richtig, dass auch Europa reagiere.

Die Gelder allein lösten das Problem aber noch nicht. Deswegen sei es gut, dass es im Industriepan noch andere Säulen wie die beschleunigten Verfahren, die Bildungsoffensive und die Stärkung der Handelsbeziehungen gebe.

Es sei gut, dass die europäische Ebene agiere. Doch sei auch das Land Baden-Württemberg nicht aus der Pflicht, gerade was den Klimaschutz und den Ausbau der erneuerbaren Energien angehe.

Abg. Tobias Vogt CDU äußerte, er teile durchaus die Auffassung, dass es in den USA eine Vielzahl von Maßnahmen gebe und dass der European Chips Act sicherlich geopolitisch getrieben sei. Doch müsse der Inflation Reduction Act nach seinem Dafürhalten tatsächlich rein industriepolitisch betrachtet werden. Da habe sich die USA eine Reindustrialisierung mit Zukunftstechnologien vorgenommen. Um Investitionen in diese Zukunftstechnologien werde auch in Baden-Württemberg geworben. Das sei anders als in Märkten wie China, hinter denen keine demokratischen Strukturen stünden und auch geistiges Eigentum nicht geschützt sei. Da sei die USA für Baden-Württemberg Absatzmarkt und bei den Investitionen Wettbewerber. Seines Erachtens sei es richtig, hier Gegendruck zu erzeugen. Nur durch diesen Gegendruck seien Verhandlungen überhaupt möglich. Den USA käme es gelegen, wenn Europa keine Antwort fände und rein das Gespräch suchte. Selbstverständlich sei es viel besser, miteinander zu sprechen und zu verhandeln. Doch wollten alle den Wohlstand in Deutschland und in Europa halten. Dazu brauche es auch eine Antwort.

Abg. Alena Trauschel FDP/DVP erwiderte, ihres Erachtens sollte viel mehr auf das Thema Freihandel gesetzt werden. In der Vergangenheit seien bereits viele gute Abkommen geschlossen worden. Diese müssten gestärkt und ausgebaut werden, gerade auch im energiepolitischen Sektor. So habe sie vor Kurzem von einem deutsch-kanadischen Joint Venture gelesen, dem es gelungen sei, einen Kernreaktor zu entwickeln, der keinen Atommüll mehr produziere. Solche Entwicklungen sollten viel mehr in den Blick genommen werden. Es sollte nicht nur mit einem doppelt so hohen Betrag, mit 600 Milliarden €, agiert werden, sondern es sollte das Gespräch gesucht werden.

Ohne förmliche Abstimmung empfahl der Ausschuss für Europa und Internationales dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 17/4256 Kenntnis zu nehmen.

19.4.2023

Trauschel